



## Presseinformation

Nr. 005/2008 Kiel, 18. Januar 2008

**Jan Huuk**  
Fraktionsvorsitzender

**Wolf-Dietmar Brandtner**  
Stv. Fraktionsvorsitzender

Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit

### **Verwaltung setzt Anregungen der FDP-Ratsfraktion um**

Angestoßen durch den beiliegenden Antrag der FDP-Ratsfraktion hat die Verwaltung nun mit einer entsprechenden Änderung der Vergaberichtlinien und der Friedhofssatzung Kiels die Beschaffung von Produkten ausgeschlossen, die durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt werden. Als „wichtigen Beitrag Kiels für die Einhaltung der Grundrechte von Kindern“ bezeichnet dies der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Wolf-Dietmar Brandtner.

Brandtner weiter: „Nach Schätzungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung müssen schätzungsweise 250 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 14 Jahren arbeiten. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO hatte daher im Jahre 1999 mit der Konvention 182 ein Abkommen verabschiedet, wonach Kindern jegliche Arbeit verboten werden sollte, die ihre Gesundheit, Sicherheit und Entwicklung gefährdet.

Vor diesem Hintergrund stellte die FDP-Ratsfraktion vor kurzem den Antrag, diese ILO-Konvention auf kommunaler Ebene durch Ergänzung der entsprechenden Vorschriften umzusetzen. Im Interesse der Betroffenen haben wir nun mit Freude erfahren, dass die Verwaltungsspitze unsere Anregungen aufgreift und sich die Konvention 182 der ILO zukünftig auch in den Kieler Vergaberichtlinien widerspiegeln wird:

Von nun an dürfen keine Produkte mehr aus ausbeuterischer Kinderarbeit beschafft werden – Produkten aus fairem Handel ist grundsätzlich der Vorzug zu geben. Als Nachweis gelten unabhängige Zertifizierungen wie z.B. ein Transfair- oder Rugmark-Siegel. Bei Ausschreibungen haben die Bieter zu erklären, dass sie die Kernarbeitsnormen ILO einhalten.

Auch in der Kieler Friedhofssatzung werden nun diese Standards umgesetzt, denn gerade auch bei der Produktion von Grabsteinen in der Dritten Welt und in den Schwellenländern spielt Kinderarbeit eine unrühmliche Rolle.

Insgesamt gesehen ist der Erfolg unseres Antrags eine gute Nachricht, da die Landeshauptstadt nun ihren Beitrag für die Menschenrechte und den Kinderschutz leisten kann.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer